

II- 1908 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates

XIV. Gesetzgebungsperiode

REPUBLIK ÖSTERREICH

Der Bundesminister für Verkehr

Pr. Zl. 5905/44-1-1976

872/AB

1977 -02- 07

zu 886/J

ANFRAGEBEANTWORTUNG

betreffend die schriftliche Anfrage
der Abg. Dr. König, Kammerhofer und
Genossen, Nr. 886/J-NR/1976 vom 1976
12 15: "Investitionsvolumen der ÖBB".

Ihre Anfrage erlaube ich mir, wie folgt zu beantworten:

Zu 1:

Wie Sie dem Bundesvoranschlag 1977 (Teilheft zu Kap. 79, Seiten 11, 13, 14, 22) entnehmen können, beläuft sich die Dotierung für die Investitionen der ÖBB im Grundbudget auf 4.023 Mio S und im Konjunkturausgleichs-Voranschlag auf 1.524 Mio S. In diesen Beträgen sind keine Instandhaltungsquoten enthalten, sodaß der gesamte Budgetrahmen für reine Erneuerungs- und Investitionszwecke zur Verfügung steht.

Hiezu kommt noch die voraussichtliche Inanspruchnahme von EURO-FIMA-Geldern im Ausmaß von rund 400 Mio S.

Bei Freigabe des Konjunkturausgleichs-Voranschlages würde daher das gesamte Investitionsvolumen der ÖBB 1977 5.947 Mio S betragen und damit annähernd die Jahresquote des Unternehmenskonzeptes, das in der modifizierten Fassung (siehe auch zu 5 und 6) für Bruttoinvestitionen für 1977 einen Finanzbedarf in der Höhe von 6.045 Mio S ausweist, erreichen.

Zu 2:

Im Grundbudget ist die Mindestdotierung zur Erhaltung der Betriebssicherheit, Fortsetzung begonnener Vorhaben sowie zum Beginn ein-

zelner neuer Vorhaben gewährleistet. Die Reihung der Vorhaben wird im Zusammenhang mit dem Wirtschaftsplan festgelegt, dessen formale Genehmigung nach dem Bundesbahngesetz noch aussteht.

Von einem gänzlichen Ausfall an Fahrparkbestellungen kann keine Rede sein, da durch das Nahverkehrsbudget - auch bei Nichtfreigabe des Konjunkturausgleichs-Voranschlages 1977 - die Anschaffung von 20 Schnellbahngarnituren gesichert ist und durch die Inanspruchnahme der bei 1) genannten EUROFIMA-Gelder weitere Fahrbetriebsmittel beschafft werden können.

Zu 3:

Zur Sicherstellung des mittelfristigen Investitionsbedarfes der ÖBB laufen gegenwärtig auf Beamtenebene Gespräche mit dem Finanzressort, die eine langfristige Sicherstellung der erforderlichen Mittel zur Investitionsfinanzierung insbesondere von Großvorhaben unabhängig von der Jährlichkeit des Bundeshaushaltes sicherstellen sollen.

Zu 4:

Infolge der Bemühungen der Bundesregierung zur Sicherung der Arbeitsplätze ist die österreichische Fahrzeugindustrie etwa bis Mitte des heurigen Jahres ausgelastet. Erst ab diesem Zeitpunkt wären zur kontinuierlichen Beschäftigung der einschlägigen Industrie einzelne Neubestellungen erforderlich.

Zu 5 und 6:

Das Investitionsprogramm des Unternehmenskonzeptes wird jährlich überarbeitet, wobei auf die tatsächlich verfügbaren Investitionsmittel Bedacht genommen wird. Die letzte Überarbeitung erfolgte im Mai 1976 in Form einer Anpassung an die budgetären Gegebenheiten (siehe auch zu 1) letzter Absatz).

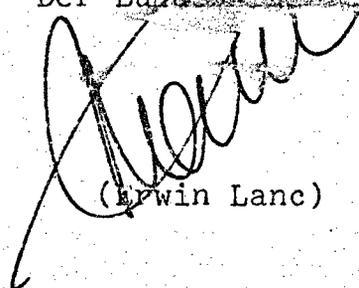
Da das Unternehmenskonzept von der vorhersehbaren budgetären Situation ausging, fanden bei der Investitionsplanung weder die Mittel des Konjunkturbelebungsprogrammes, noch der Stabilisierungsquote Berücksichtigung. Aus letzterem Titel wurden

1975 und 1976 Mittel in der Höhe von je 1 Mrd. S, aus ersterem 1975 Mittel in der Höhe von 428,5 Mio S zur Verfügung gestellt. Hiezu kommt für 1975 noch eine Mehrbedarfszuweisung von S 170 Mio.

Aus diesen Mitteln konnten Bestellungen im Ausmaß von rund 2,3 Mrd. S getätigt werden, deren Auslieferung bis ins laufende Jahr und sogar darüberhinaus reicht und die somit eine Vorleistung gegenüber den Planungen des Investitionskonzeptes für 1977 darstellen.

Wien, 1977 01 28

Der Bundesminister:



(Erwin Lanc)